

Ltg.-380-1/A-3/220-2018

ANTRAG

der Abgeordneten Lobner, Schindele, Vesna Schuster, Moser, Mag. Hackl, Göll und
Heinreichsberger, MA

gemäß § 34 LGO

betreffend Fokus auf die Sicherheit in Niederösterreichs Schulen

zum Antrag der Abgeordneten Schuster, Ing. Huber u.a. betreffend Errichtung von
Gegensprechanlagen an allen Schulen in Niederösterreich, Ltg.-380/A-3/220-2018

Das Land Niederösterreich, die Schulbehörde sowie die Schulerhalter sind sich ihrer
Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte und alle
Bediensteten der Schulen bewusst. Aus diesem Grund ist das Thema Sicherheit an
Schulen ein wichtiges Thema im Schulalltag.

In Niederösterreich wird das Thema Sicherheit in einem breiten Spektrum gesehen.
Von Brandschutz, Krisenprävention über die Prävention von Selbstverletzungen und
Fremdverletzungen von und durch Schülerinnen und Schüler bis hin zu möglichen
Amokläufen wird das Thema Sicherheit in Schulen behandelt.

Seit mehreren Jahren gibt es zum Thema Sicherheit Kooperationen mit der
Exekutive, der Feuerwehr, Rettungsorganisationen und Zivilschutzverband. Seitens
der Experten im Bereich Schulpsychologie werden Krisenworkshops für Schulen
angeboten. Vor allem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der Exekutive, die zum
Beispiel hervorragende Workshops mit Schulen und in Schulen durchführt. Wichtig ist
hierbei vor allem die regionale Zusammenarbeit zwischen den zuständigen
Polizeidienststellen mit der Direktion und den Lehrkräften.

Beim Schulbau sowie bei Schulsanierungen fließen neben brandschutztechnischen Maßnahmen auch andere sicherheitstechnische Faktoren ein.

In Zusammenarbeit zwischen der Bildungsdirektion für Niederösterreich, dem Bundesschulzentrum Mistelbach, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der Bundesimmobiliengesellschaft und dem Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau wird mit der Exekutive derzeit ein Sicherheitsmaßnahmenbündel im Hinblick auf den Schulbau geschnürt. Hierbei fungiert das Bundesschulzentrum Mistelbach als Pilotschule. Im Rahmen dieser Kooperation werden vielfältige Maßnahmen diskutiert und erprobt, wie zum Beispiel Gegensprecheinrichtungen, Lautsprecher Systeme und verschließbare Klassenzimmer. Nach einer Evaluierung der Ergebnisse sollen diese in Zukunft für die Prüfung von Maßnahmen für mehr Sicherheit an unseren Schulen herangezogen werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung heranzutreten und gemeinsam mit diesem auf Basis der Evaluierungsergebnisse des in der Antragsbegründung genannten Pilotprojektes weitergehende Umsetzungsschritte im Interesse der Sicherheit an unseren Schulen im Einvernehmen mit den Schulerhaltern zu prüfen.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg.-380/A-3/220-2018 miterledigt.“